



ANDREAS DRESSEL IM SOMMERINTERVIEW

das Interview führten Claas Ricker und Lars Balcke

Nach den letzten beiden Bürgerschaftssitzungen im Juni hat sich der politische Betrieb in die Sommerpause verabschiedet. Viele wichtige Entscheidungen für Hamburg wurden noch getroffen. Dazu zählt unter anderem die Verabschiedung des bundesweit beachteten Transparenzgesetzes. Was hat es damit auf sich?

Nach den interfraktionellen Gesetzentwürfen zur direkten Demokratie auf Bezirksebene und auf Landesebene ist das Transparenzgesetz der dritte wichtige Schritt für die Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung in Hamburg. Jetzt erst recht gilt: Hamburg ist bundesweit führend bei der Beteiligung seiner Bürgerinnen und Bürger und leistet damit aktiv einen Beitrag gegen Politikverdrossenheit. Konkret bedeutet das Gesetz: Ab 2014 wird das meiste, was bisher nur auf Antrag an amtlichen Informationen einsehbar war, in einem öffentlichen Informationsregister im Internet zur Verfügung gestellt – dies betrifft zum Beispiel Verträge der Stadt zur Daseinsvorsorge, Gutachten, Senatsbeschlüsse und vieles weitere mehr. Das Amtsgeheimnis hat im Wesentlichen ausgedient – das ist die Botschaft, die von diesem Gesetz ausgeht.

Anstoß für das Transparenzgesetz war unter anderem die Volksinitiative „Transparenz schafft Vertrauen“. Am Ende waren alle Fraktionen mit an Bord. Wie kam es zu dieser Einigung?

Wir haben über viele Monate sehr intensiv verhandelt. Und es ist in der Tat ein großer Erfolg, dass wir dieses Gesetz gemeinsam mit allen Rathausfraktionen beschlossen haben. Das erhöht nicht zuletzt die Legitimation. Das gilt übrigens auch für andere wichtige Entscheidungen in den letzten Monaten. Absolute Mehrheit ist nicht gleichbedeutend mit absoluter Wahrheit – diesem Grundsatz fühlen wir uns als SPD-Fraktion verpflichtet. Wir wollen gerade kein einsames Durchregieren, sondern wir setzen auf einen anständigen und kooperativen Umgang mit der Opposition. Nicht immer, aber immer wieder gelingt es uns, andere Fraktionen mit ins Boot zu holen.

Bei welchen Entscheidungen war das noch der Fall?

Ganz aktuell bei der Verankerung der Schuldenbremse in die Hamburgische Verfassung, die wir gemeinsam mit den Stimmen von GAL und FDP auf den Weg gebracht haben.

Das Grundgesetz sieht bereits eine Schuldenbremse vor – warum noch eine eigene Regelung für Hamburg?

Die europäische Schuldenkrise führt uns vor Augen, dass wir auch vor Ort ganz konkret handeln müssen, um die Verschuldungsspirale zu stoppen. Insofern ist das ein ganz wichtiges politisches Zeichen, dass wir nicht nur konsolidieren



müssen sondern auch konsolidieren wollen. Mit den Maßgaben für den Bremsweg bis zum Jahre 2020 zwingen wir Senat und Bürgerschaft zu strenger Haushaltsdisziplin, lassen aber noch genug Spielraum, um die Konsolidierung stadtverträglich zu gestalten. Übrigens macht diese Entscheidung auch deutlich: Unsere Kompromissbereitschaft endet dort, wo Hamburgs Zukunft auf dem Spiel steht – dies gilt im Falle der Schuldenbremse besonders mit Blick auf die CDU. Deren Forderung, bereits 2015 ein absolutes Schuldenverbot einzuführen, ist völlig indiskutabel. Das würde den sozialen Zusammenhalt in der Stadt gefährden – ein Streichkonzert in dreistelliger Millionenhöhe im Sozialhaushalt wäre die Folge. Das wollen wir nicht.

Stichwort Finanzen: Der Senat hat kürzlich seinen Haushaltsplanentwurf für 2013/14 vorgelegt. Wie wird dieser von Seiten der Fraktion bewertet?

Zunächst einmal gilt: Wir wollen Hamburgs Haushalt wieder in Ordnung bringen. Auch dafür wurden wir gewählt. Wir haben den Bürgerinnen und Bürgern versprochen, einerseits das Ausgabenwachstum der Stadt zu begrenzen und andererseits in zentralen Feldern wie Kita, Schule und Wohnungsbau zu investieren. Der Haushaltsplanentwurf setzt das um und ist ein ganz wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem Hamburg ohne neue Schulden. Mit Blick auf die Schuldenbremse sieht die Finanz-

planung bereits jetzt vor, im Jahre 2019 auf eine Nettokreditaufnahme zu verzichten. Positiv ist auch zu bewerten, dass bei den Planungen ein Vorsichtsabschlag für die Steuereinnahmen eingepreist wurde – im Gegensatz zu den Vorgängersenkungen hat der SPD-Senat damit einen wirksamen Krisenpuffer eingebaut. Das ist angesichts möglicher konjunktureller Risiken vorsorgende Finanzpolitik, die einem bösen Erwachen vorbeugt.

Der Haushalt für 2013/14 wird ja erst im Dezember von der Bürgerschaft verabschiedet. Bis dahin fließt noch eine Menge Wasser die Elbe hinab. Wie ist der weitere Fahrplan?

Wir werden in den kommenden Monaten sehr intensiv mit Senat, Fraktion und Partei über den Haushalt beraten. Gerade die Einbindung der Partei ist dabei besonders wichtig – so haben wir auf dem letzten Landesparteitag mit einem Beschluss eine gesonderte Fachkonferenz auf den Weg gebracht, zu der alle Landesdelegierten eingeladen werden. Eine so intensive Einbindung der Regierungspartei bei der Haushaltsaufstellung hat es in Hamburg noch nie gegeben. Wir nehmen die Partei mit auf den schwierigen Weg zur Schuldenbremse 2020.

Sechs Wochen parlamentarische Sommerpause. Da dürfte doch auch der Fraktionsvorsitzende Zeit für ein wenig Erholung finden, oder?

Auf jeden Fall – die letzten Wochen und Monate waren eine arbeitsreiche und durchaus kräftezehrende Zeit. Da können wir alle etwas Erholung gut gebrauchen, um den Akku wieder aufzuladen. Persönlich freue ich mich mehr denn je sehr darauf, mehr Zeit mit der Familie verbringen zu können. Seit der Geburt unseres dritten Kindes Clara Emilia Anfang April sind wir ja nun zu fünft zu Hause.

Letztes Jahr ist die Fraktion ja auf Sommertour gegangen. Ist für diesen Sommer Ähnliches geplant?

Im laufenden politischen Betrieb kommt etwas sehr Wichtiges oftmals zu kurz, nämlich der ausführliche und unmittelbare Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserer Stadt. Insofern werden wir auch in diesem Jahr die erfolgreiche Sommertour fortsetzen und im Juli und August in ganz Hamburg unterwegs sein. Fast 100 Termine werden auf dem Programm stehen. Ich bin mir sicher, dass wir auch diesmal wieder ganz viele spannende Ideen und Anregungen erhalten, die wir dann auch ganz konkret in unsere politische Arbeit mit aufnehmen können.

SCHÖNE FERIEN

UND AUSREICHEND ERHOLUNG WÜNSCHT DIE SPD HAMBURG!





Liebe Genossinnen und Genossen,

der Landesparteitag Anfang Juni war ein guter Anlass, um auf die erfolgreiche Arbeit der letzten zwei Jahre zurückzublicken. Gemeinsam haben wir viel bewegt. Das war nur möglich, weil die Partei ihre Aufgabe ernst genommen hat. Es gab nicht nur eine gute Stimmung für uns – die Bürgerinnen und Bürger haben der SPD auch zugetraut, dass sie die Stadt gut regieren würde. Sie haben Ihr Vertrauen in uns gesetzt. Und die Zustimmung zu unserer Politik ist weiterhin groß. Das gibt uns Kraft und die Zuversicht, die vor uns liegenden Herausforderungen bewältigen zu können.

Denjenigen, die für die Partei Verantwortung tragen, indem sie ein Amt übernommen haben, möchte ich ausdrücklich danken. Klar ist, dass Wahlsiege und gutes Regieren nur mit einer gemeinsamen Anstrengung zustande zu bringen sind. Der Senat, die Bürgerschaftsfraktion und die gesamte Hamburger SPD haben das in den beiden zurückliegenden Jahren eindrucksvoll bewiesen.

Wichtig wird in Zukunft sein, dass wir als Partei eine gemeinsame Haltung entwickeln. Wir dürfen uns nicht in der Diskussion über Einzelentscheidungen verlieren, sondern müssen das Ganze im Blick behalten, damit wir Verbesserungen für Hamburgs Bürgerinnen und Bürger erreichen. Verantwortungsvolle Politik ist und bleibt dem Allgemeinwohl verpflichtet. Das sollte auch die Orientierung für eine Partei sein, die die Regierung stellt.

Sozialdemokratische Politik stand übrigens auch immer für das Bekenntnis zu Fortschritt und wirtschaftlichem Wachstum. Und sie hat dabei stets eine optimistische Perspektive eingenommen. An diese Tradition sollten wir anknüpfen, für ein modernes Hamburg. Für eine lebenswerte Stadt, die auch eine Stadt der Hoffnung ist für die, die hier neu ankommen.

Nach arbeitsreichen Monaten steht nun die Ferienzeit bevor. Ich wünsche euch einen schönen Sommer und die nötige Erholung für einen guten Start in die zweite Jahreshälfte.

Euer

Olaf Scholz

WIR HABEN GEWÄHLT

Der Ordentliche Landesparteitag 2012

von Lars Balcke

Am 9. Juni 2012 fand im Congress Center Hamburg der Ordentliche Landesparteitag statt. Einen Tag nach der Eröffnung der Fußball-Europameisterschaft versammelten sich rund 330 Delegierte, um bei den Organisationswahlen den neuen Landesvorstand für die kommenden zwei Jahre zu wählen.

Zu Beginn des Parteitages erinnerte der Landesvorsitzende Olaf Scholz in seiner Rede an den großen Erfolg für die SPD bei der Bürgerschaftswahl im vergangenen Jahr und bedankte sich bei der Partei und der Bürgerschaftsfraktion für die gute Zusammenarbeit. Scholz verwies darauf, dass dieser Erfolg nicht ohne all die Aktiven in der Hamburger SPD möglich gewesen wäre und rief die Delegierten dazu auf, sich in der Politik nicht von Angst vor dem Kommenden, sondern von Hoffnung leiten zu lassen.

Nach seiner knapp einstündigen Rede wurde Olaf Scholz mit 94,2% erneut zum Landesvorsitzenden der SPD Hamburg gewählt. Scholz erhielt 308 der 327 abgegebenen Stimmen, bei 15 Gegenstimmen und einer Enthaltung.

Ebenfalls im Amt bestätigt wurden die stellvertretenden Landesvorsitzenden Inka Damerau, mit 78,4% und Frank Richter, mit 74,6% der Stimmen. Neu als stellvertretender Landesvorsitzender wurde Nils Weiland gewählt, auf den 78,1% der Stimmen entfielen. Der 39-jährige Jurist war zuvor stellvertretender Kreisvorsitzender in Wandsbek und nimmt nun den Platz von Andreas Dressel ein, der als Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion ohnehin im Landesvorstand vertreten ist und sich daher nicht wieder zur Wahl stellte. Mit 93,2% der Stimmen wurde Christian Bernzen erneut zum Schatzmeister der Partei gewählt.

Bei der anschließenden Abstimmung über die eingebrachten Anträge zeigten die Delegierten

große Geschlossenheit. Sie stimmten auch bei den zuvor kontrovers diskutierten Anträgen nahezu einstimmig ab. Mit dem Beschluss zum Passivraucherschutz unterstützten die Delegierten den Ansatz der SPD-Bürgerschaftsfraktion, einen überparteilichen Konsens und eine möglichst breite Mehrheit in der Bürgerschaft zu suchen. Das nach dem Landesparteitag in der Bürgerschaft beschlossene Gesetz sieht nun eine wesentlich strengere Auflage für Raucherräume in der Gastronomie und

ein ausnahmsloses Rauchverbot in allen öffentlichen Einrichtungen vor. Lediglich kleine Eckkneipen sind weiterhin vom Rauchverbot ausgenommen.

Mit dem beschlossenen Initiativantrag, *Den Hamburger Haushalt bis 2020 „gesund investieren“*, wurde im Hinblick auf die anstehenden Haushaltsberatungen für 2013/2014 eine intensive Einbindung der Partei in den Diskussionsprozess der Haushaltsberatungen festgeschrieben. Neben der Hamburg-Klausur von Landesvorstand und Bürgerschaftsfraktion im September und der Haushaltsklausur der Fraktion am 17. November wird auf Vorschlag von Olaf Scholz und Andreas Dressel am 3. November 2012 eine gesonderte Fachkonferenz stattfinden, zu der alle Landesdelegierten eingeladen werden. Gemeinsam mit den Facharbeitskreisen der Fraktion und den Fachsenatoren sollen auf der Klausur sowohl die Perspektiven der Finanzplanung allgemein diskutiert und detaillierte Erörterungen zu den Einzelplänen ermöglicht werden. Die Ergebnisse werden in die Haushaltsklausur der Fraktion einfließen.

Sämtliche Anträge und Beschlüsse des Landesparteitages sind auf der Homepage der SPD Hamburg veröffentlicht.



SPD-LANDESVORSTAND
gewählt auf dem ordentlichen Landesparteitag am 9. Juni 2012:

LANDESVORSITZENDER
Olaf Scholz

STELLV. LANDESVORSITZENDE
Inka Damerau

STELLV. LANDESVORSITZENDER
Frank Richter

STELLV. LANDESVORSITZENDER
Dr. Nils Weiland

SCHATZMEISTER
Prof. Dr. Christian Bernzen

BEISITZERINNEN UND BEISITZER
Ksenija Bekeris, Lars Holster, Dr. Elke Jakubowski, Elisabeth Kiausch, Sönke Klages, Michael Kleiber, Peter Maßmann, Ina Morgenroth, Aydan Özoguz, Anja Quast, Thomas Ritzenhoff, Wolfgang Rose, Markus Schreiber, Dr. Joachim Seeler, Sören Tomasek, Carola Veit

KREISVERTRETER
Johannes Kahrs, Melanie Schlotzhauer, Milan Pein, Dr. Peter Tschentscher, Karl Schwinke, Ties Rabe, Ronja Schmager

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN
Renate Kleinfeld (AfA), Gabi Dobusch (AsF), Hauke Wagner (Jusos), Rudolf Herbers (60 plus)

Berlin direkt

von Aydan Özoğuz, MdB

Vor der parlamentarischen Sommerpause stand in den letzten beiden Sitzungswochen des Deutschen Bundestages wieder das eine große Thema auf der Agenda: Die Lösung der europäischen Schulden- und Finanzkrise.

Zentral sind und waren die Verhandlungen zum Fiskalpakt. Für uns Sozialdemokraten ist es ein großer Erfolg, dass sich Schwarz-Gelb endlich zur Finanztransaktionssteuer bekannt hat. Für die Finanztransaktionssteuer haben wir über zwei Jahre gekämpft. Merkel hat endlich eingesehen, dass diese Steuer nicht nur ökonomisch sinnvoll, sondern auch sozial gerecht ist: Diejenigen, die die Finanzkrise mit ausgelöst haben, werden nunmehr an den Kosten beteiligt. Auch die einseitige Fixierung aufs Sparen musste die Bundesregierung aufgeben und unsere Forderung für einen Wachstumspakt akzeptieren. Das Fazit: „Und sie bewegt sich doch“ – weil Merkel im Bundestag eine Zwei-Drittel-Mehrheit in der finalen Abstimmung am 29. Juni braucht, hat sie zum wiederholten Male eine angeblich felsenfeste Überzeugung aufgegeben und die SPD-Position übernommen.

Ein für mich ganz wichtiger Punkt, den wir bei den Verhandlungen zum Fiskalpakt immer mitverhandelt haben, ist die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Über fünf Millionen junge Menschen, viele gut qualifiziert, sind europaweit ohne Arbeit. Das gefährdet nicht nur den sozialen Zusammenhalt in Europas Gesellschaften, auch die europäische Einigung droht Schaden zu nehmen, wenn gerade junge Menschen Europa vor allem mit Arbeitslosigkeit und Sozialabbau verbinden. Die Regierungen Europas müssen sich verbindlich auf die Halbierung der Jugendarbeitslosigkeit in den nächsten fünf Jahren festlegen. So ein Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit könnte kurzfristig mit bisher nicht zugewiesenen Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds finanziert werden. Außerdem fordern wir Sozialdemokraten eine europaweite „Jugendgarantie“: Vier Monate nach Erhalt eines schulischen Abschlusszeugnisses sollen Jugendliche das Recht auf Aus- oder Weiterbildung haben.

Mehr als eine Randnotiz im Bundestag war der ziemlich einmalige Vorgang am 15. Juni: Weil 126 Abgeordnete der CDU/CSU- und FDP-Fraktion am Freitag um 11 Uhr nicht mehr anwesend waren, war das Parlament nach einem Hammelsprung nicht mehr beschlussfähig und die 1. Lesung des Betreuungsgeldes konnte in der Folge nicht stattfinden. Somit ist die Bundesregierung mit ihrem Vorhaben, die Herdprämie noch vor der Sommerpause durchs Parlament zu peitschen, gescheitert. In diesem Fall war uns auch ein solch ungewöhnliches Mittel des Parlamentarismus recht, denn laut ZDF-Politbarometer sind 71% der Deutschen gegen das Betreuungsgeld. Die wütende Kommentierung von Markus Söder/CSU („dreckiges Foulspiel“) spricht für sich...



TERMINE

26. Juli, 19 Uhr
RATHAUSEMPFANG
DER SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION
ZUM CSD
Hamburger Rathaus | Kaisersaal

12. Juli–10. August
SOMMERTOUR DER SPD-FRAKTION
Alle Termine unter www.spd-fraktion-hamburg.de/aktuelles/termine.html

1. August, 19 Uhr
CSD 2012
Diskussion zum § 175 StGB mit
Senatorin **Jana Schiedek**
Pride House | An der Alster 40

4. August, 12 Uhr
CSD 2012
SPD bei der Parade durch
die Hamburger Innenstadt
SPD-Paradewagen | Lange Reihe

6. August, 19 Uhr
SENATOR VOR ORT
mit Wirtschaftsminister **Frank Horch**
Restaurant Reina
Langenhorner Markt 6

7. August, 19.30 Uhr
OLAF SCHOLZ IM GESPRÄCH
in Altona
Louise Schröder Schule | Thedestr. 100

7. August, 19 Uhr
SENATOR VOR ORT
in Bergedorf mit
Schulsenator **Ties Rabe**
Sasel Haus | Saseler Parkweg 3

21. August, 19.30 Uhr
OLAF SCHOLZ IM GESPRÄCH
im Alstertal
AEZ Einkaufszentrum | Heegberg 31

22. August, 19 Uhr
SENATORIN VOR ORT
mit Sozialsenator **Detlef Scheele**
Steenkampsaal | Steenkamp 37

23. August, 18 Uhr
SENATORIN VOR ORT
mit Gesundheitssenatorin
Cornelia Prüfer-Storcks
Kursana Residenz Hamburg
Ernst-Mittelbach-Straße 47

Weitere Termine im Internet unter
www.spd-hamburg.de

FRAGEN? SORGEN? PROBLEME?

WIR SIND FÜR SIE DA!
DAS SPD-BÜRGERBÜRO

Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg | Telefon 28 08 48 32

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
jeweils 14–16 Uhr

SELBST AKTIV

Ein neues Netzwerk behinderter Menschen in der SPD

von Inge Jefimov | Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft „Selbst Aktiv“

Bereits auf dem letzten Bundesparteitag im Dezember 2011 wurde der Beschluss gefasst, dem Netzwerk „Selbst Aktiv“ die Möglichkeit zu bieten, innerhalb der SPD eine Arbeitsgemeinschaft mit den entsprechenden Delegierten- und Mitbestimmungsrechten zu gründen. Diese wichtige Entscheidung wurde nun von der SPD-Landesorganisation Hamburg umgesetzt.

Am 23. Mai 2012 haben wir die Arbeitsgemeinschaft „Selbst Aktiv“ neu begründet.

Zur Vorsitzenden der neuen Arbeitsgemeinschaft wurde Inge Jefimov, stellvertretende Vorsitzende des Sozialverband Deutschland e.V. Hamburg und seit vielen Jahren in der Behindertenpolitik ehrenamtlich tätig, gewählt. Klaus Becker, Vorsitzender der Hamburger Landesarbeitsgemeinschaft für behinderte Menschen e.V. (LAG), wurde zum Stellvertreter gewählt und rundet den Vorstand gemeinsam mit den sieben Beisitzerinnen und Beisitzern ab.

Erfreulich ist für uns, dass sich der Vorstand aus Menschen mit unterschiedlicher Behinderung zusammen setzt.

Barrierefreiheit, Konsequenzen aus der UN-Behindertenrechtskonvention und die Organisation des Parteilebens für Menschen mit Behinderung – dies waren nur einige Themen der ersten Sitzung der Arbeitsgemeinschaft „Selbst Aktiv“. Neu sind diese Themen in der SPD Hamburg nicht. Die Arbeitsgemeinschaft setzt sich aus verschiedenen bereits sehr aktiven Arbeitskreisen zusammen. Dennoch waren viele neue Gesichter am Tag der Gründung zu sehen und so konnten auch erste neue Kontakte geknüpft werden.

Am 5. Juli 2012 hat die neue Arbeitsgemeinschaft „Selbst Aktiv“ ihre erste Vorstandssitzung. Dann geht es darum, erste Themen festzulegen, die angepackt werden müssen. Fest steht, dass sich alle Mitglieder auf die gemeinsame Arbeit freuen und diese auch zügig aufnehmen wollen.



Inge Jefimov

CHRISTOPHER-STREET-DAY 2012

Der Kampf um Gleichstellung ist bunt und politisch

von Philipp-Sebastian Kühn | MdHB, Fachsprecher für Schwule und Lesben

„Gleiche Rechte – Ehe für Schwule und Lesben geöffnet“, so lautete jüngst eine Schlagzeile in Dänemark. Während in Dänemark geöffnet wird, wird in Deutschland weiter gemauert. So verweigert die CDU/CSU die Zustimmung gegen die Hamburger Bundesratsinitiative zur Öffnung der Ehe. Die bisher zulässige „Lebenspartnerschaft“ ermöglicht es zwar homosexuellen Paaren Pflichten einer Ehe, wie die Versorgung eines pflegebedürftigen Partners, wahrzunehmen, jedoch nicht an den Rechten teilzuhaben. Gleichstellung sieht anders aus. Die SPD ist hier weiter: Auf unserem Bundesparteitag im Dezember 2011 wurde die Öffnung der Ehe beschlossen. Es geht um nichts Geringeres als die vollständige rechtliche Gleichstellung. Steuer-, Erb- und Adoptionsrecht sind nur drei oft genannte Beispiele.

Der diesjährige CSD steht genau unter diesem Motto „Ehe 2.0 – Nach den Pflichten jetzt die Rechte“. Den Auftakt in die Woche des CSD macht die SPD-Bürgerschaftsfraktion mit einem Empfang am 26. Juli im Rathaus. Außerdem wird es zahlreiche Veranstaltungen der Schwusos, der SPD-Bürgerschaftsfraktion unter anderem mit unserer

Justiz- und Gleichstellungssenatorin Schiedek geben. Dabei wird es unter anderem neben den Themen Ehe- und Adoptionsrecht auch um die Folgen des 1994 abgeschafften „Schwulenparagrafen“ (§ 175 StGB) gehen.

Während wir bescheidene Erfolge bei der Gleichstellung vorweisen können, sieht es andernorts oft düster aus. Nein, es darf nicht unter „Verschiedenes“ laufen, wenn beispielsweise in unserer Partnerstadt St. Petersburg Homosexualität als abstoßend und strafbar gewertet und verfolgt wird. Das sind Menschenrechtsverstöße. Auch darauf werden die politischen Veranstaltungen rund um den CSD aufmerksam machen.

Der CSD ist fröhlich und bunt. Er ist aber ebenso ein Aufruf gegen mangelnde Gleichstellung in Deutschland und ein mahrender Appell an all jene Länder, in denen Homophobie auf der Tagesordnung ist.

Die SPD Hamburg wird vom 3. bis zum 5. August auf dem CSD-Straßenfest und mit einem eigenen Wagen auf der Parade am 4. August vertreten sein.

Für den Rathausempfang werden Anmeldungen an info@spd-fraktion.hamburg.de entgegen genommen.

Impressum

Herausgeber
SPD-Landesorganisation
Hamburg

V.i.S.d.P.
Karin Timmermann

Redaktion
Lars Balcke
Benedikt Schaumann

**Redaktionsschluss für
die kommende Ausgabe**
20. August 2012

Anschrift
Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg